

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei weitem Postbezugs monatlich 4.88 M., bei Zustellung unter Schriftband für Deutschland 6.30 M., für Ausland 7.50 M., per Post 12.50 M.

Inhaltsverzeichniss des achtzehnten Monatsheftes über Herrn Neum 1.20 M., Monatsheft des jetzigen Monats 40 Pf., jedes weitere Heft 25 Pf., Contents jährlich 10 Mark. Bei Familien- u. Vereinsabonnements ist der Zuschlag fort. Instruktion für den Versand wählenden Tag. Näheres spätere bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die untätige Justiz.

Marloh, Reinhard & Cie.

Im neuesten Heft der „Zukunft“ bespricht Max Mi-
lan Gardin noch einmal die Ermordung der Marlofen
in der Französischen Straße. Er hält die von uns schon
wiedergegebenen Behauptungen, insbesondere die Mit-
wirkung des Obersten Reinhard und der Staatsanwälte
Gumbreich und Weichmann betrifft, in vollem Um-
fange aufrecht und ergänzt sie in wesentlichen Punkten. Herr
Gardin behauptet auch, daß nicht 32, sondern nur 29 Ma-
rlofen erschossen worden seien und er führt die Ermor-
deten namentlich an.

Die seinerzeit angekündigte Untersuchung war nur
Schein, der in die Augen der Öffentlichkeit gestreut wurde.
Es lag vom ersten Tage ab die Absicht der Verdun-
kelung vor, weil die Regierung nicht willens war, die
Eintermäner und Drahtzieher des abscheulichen
Verbrechens bloßzustellen. Hätte sie den ersten Willen ge-
habt, das Verbrechen restlos aufzuklären, dann hätte inner-
halb vier Wochen die Hauptverhandlung angelegt werden
müssen. So hoch- und niedrigst aus von uns vorgeworfene
Tatmaterial. Selbst ein Kriegsgericht hätte sich davon
nicht verschließen können, wenn eben die Verdunkelungs-
süchtigen nicht im Interesse der Mörder und ihrer Ver-
wehrenden gelegen hätten. Man traf also keine Anstalten,
den Oberleutnant Marloh sofort zu verhaften, ließ ihn viel-
mehr in der vernünftigen Spielabteilung von Kessel
(Landsied, Leutnant von Simons!) drei Monate lang unge-
hindert seinen Dienst tun und wiegte sich in dem schönen
Glauben, über die Sache würde bald Gras gewachsen sein,
wobei über so viele andere Verbrechen, die während der März-
tage ungehört verübt worden waren.

Erst als wir auf diesen Skandal hinwiesen und die so-
fortige Verhaftung Marlohs forderten, kam die
Angelegenheit in Fluss, und zwar dergestalt, daß der Täter
schärfste Wache bekam und als Hauptmann
Moranz mit einer Kohortener erster Klasse und ins-
gesamt 15 000 Mark Geldunterstützung an die
Waffenkammer des Bundesheeres abgeschoben wurde.

Die Maßregeln gehören unbedingt mit vor das
Friedensgericht, ebenso muß der Helfershelfer, der Marloh
einige Tage bei sich verborgen hielt, wegen Begünsti-
gung vor Gericht gestellt werden. Dieser Helfershelfer
ist Pfarrer Dr. Rumb, derselbe, der am letzten Sonntag
in der Potsdamer Garnisonkirche einen monarchi-
schen Radau inszenierte und für seine Gemeinde den
Schwur ablegte, die Wiedereinführung der Mon-
archie zu erkämpfen.

Wir verlangen Aufklärung darüber, warum dieser
Gottesdiener noch nicht unter Anklage gestellt ist.
Vor allem noch einmal die Frage: Warum ist eine große
Menge wichtiger Belastungszeugen bisher noch nicht ge-
laden worden?

Die Namen der Ermordeten.

Nach den Angaben der „Zukunft“ sind am 11. März in der
Französischen Straße folgende Personen abgeschlachtet worden:
Jakob Bonczak, Paul Brandt, Theodor Bierbaumel, Ernst
Breslau, Kurt Dehn, Otto Dreber, Willi Ferber, Robert Götze,
Ferdinand Gumbreich, Walter Harber, Alfred Hirsch, Anton Hirsch,
Germann Hirsch, Walter Jacobowski, Otto Kanneberg, Willi
Krause, Max Kutter, Otto Lewin, Martin Lewin, Herbert Liegan,
Max Mästerker, Ernst Mörke, Karl Pöbner, Paul Pöbner,
Eberhard Schulz, Paul Ulrich, Werner Weber, Karl Wiese,
Wilhelm Süßdorf.

Die Internierung des Mörders von Haase. Kein Gerichtsverfahren!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt offiziell:
Wegen des Arbeiterführers Johann Haase aus Wien, dessen
Arrest der k. k. Polizei zum Opfer gefallen ist, wird voraus-
gesetzt ein Gerichtsverfahren nicht stattfinden, weil das
Gericht auf Grund amtlicher Gutachten zu der Über-
zeugung gelangt ist, daß sich der Mörder bei Befreiung der Tat
in einem kranken Zustand befand und die Verhaftung be-
trug, durch den keine freie Willensbestimmung ausgeübt war.

Woh nicht als gemeingefährlich dauernd in eine Irren-
anstalt untergebracht werden.

Wir erheben gegen die Absicht, gegen Wof kein Ge-
richtsverfahren einzuleiten, Protest, und stellen bei dieser
Gelegenheit fest, daß weder der preussische Justizminister
noch die Staatsanwaltschaft auf die Fragen, die der Genosse
Dittmann in seinem „Offenen Brief“ am 17. Novem-
ber stellte, bisher keine Antwort erteilt haben.

Ein Mörder Rosa Luxemburgs ergriffen.

T. U. Hannover, 29. November.
In das Militärarresthaus eingeliefert wurde am Freitag
der Eisenhändler Otte, der sich den Namen Rosa beizulegen
hatte. Er ist der Mörder der Rosa Luxemburg, der seinerzeit von Berlin
verschwand.

Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.
Im dem Prozeß Diebstahl-Luxemburg ist der Name des
Vizepräsidenten Otte jedenfalls nicht erwähnt worden. Es
konnte sich bei ihm also nur um den Mann handeln, der
bei der Abfahrt auf das Auto gesprungen sein soll und
dann spurlos verschwunden ist.

Verhandlungsabbruch im amerikanischen Bergarbeiterstreik.

Washington, 27. November.
Die Verhandlungen zur Beilegung des Kohlen-
streiks wurden abgebrochen. Die Verhandlungen des
Lohnauschusses, der aus Bergarbeitern und Bergwerks-
besitzern besteht, sind auf unbestimmte Zeit vertagt
worden. Der Abbruch der Verhandlungen ist allein die
Folge des hartnäckigen und unnachgiebigen Heren-
kaufpunktes der Bergindustriellen.

Das auffällige Schweigen.

Wir stellen in unserer gestrigen Abendausgabe die An-
frage, ob der Regierung bekannt sei, daß auf den zuständigen
Aemtern seit einigen Tagen Papiere nach dem Aus-
land, namentlich nach Holland, für Personen vorliegen, die
in enger Verbindung mit den Schieberungen der
Firma Barvus und Genossen stehen.

Die Regierung, deren Dementierapparat sonst so todes-
los funktioniert, hält sich in diesem Falle in tiefes
Schweigen. Man wird darin wohl eine Bestätigung der
Richtigkeit unserer Mitteilung erblicken und mit Recht
schließen dürfen, daß die Regierung auf unsere weitere
Frage, was sie zu tun gedenkt, um ein Entweichen der
Hauptverdächtigen zu verhindern, vollständig tatenlos
bleiben wird.

Die Hilfe für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 28. November.
Die Wiener Allgemeine Zeitung meldet: Die Repara-
tionskommission hat beschlossen, die in Triest liegenden
30 000 Tonnen Getreide nach Wien zu beordern und
die Bezahlung durch die Restbeträge jener Kredite sicher zu stellen,
welche England, Frankreich und Italien eingeräumt haben.

Wie das Tel. Corr. Bureau erfährt, sind Getreide- und
Wehlendungen aus Triest für Oesterreich im
Anrollen, 2000 Tonnen Wehl für Wien und 2000 Tonnen
Getreide für Graz. Noch 10 000 Tonnen Getreide in mehreren ohne
Unterbrechung einander folgenden Sendungen werden erwartet.

Bürgermeister Neumann machte in der gestrigen Sitzung des
Gemeinderats bekannt, daß Heidelberg sowie zahlreiche
andere süddeutsche Orte sich zur Aufnahme Wiener
Kinder für den Winter erboten hätten.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Eisenbahner.

Am 25. November fand in Würzburg eine Konferenz zwi-
schen Vertretern des deutschen Eisenbahner-Verbandes
des (450 000 Mitglieder) und des deutschen Verkehrs-
personal-Verbandes (55 000 Mitglieder) statt. Es wurde
beschlossen, die Verschmelzung der beiden Verbände am 1. Juli
1920 vorzunehmen. Damit geht ein langgelegter Wunsch vieler
west- und süddeutscher Eisenbahner in Erfüllung.

Seht, wie die Menschen leiden!

Von Julius Braumthal, Wien.

Es ist die alte traurige Weise: Wien liegt im
Sterben und sein Kaiser gelbt über die ganze gestaute
Welt. New York, London, Paris, Berlin hören ihn seit
Wochen und Monaten, seit dem ersten Tage nach dem Ab-
schlusse des Saint Germainer Friedens. Sie werden des
klagenden Liedes, das nicht verstummen kann, vielleicht ein-
mal müde werden. Aber die schauernde Wahrheit bleibt,
daß Deutsch-Oesterreich in seinem jetzigen kollektiven Zustand
nicht leben kann und Wien, die Millionenstadt, dem Lobe
des Hungerns und Erfrierens in des Wortes furchtbaren
buchstäblicher Bedeutung geweiht ist.

Vor einigen Wochen ist amtlich berechnet worden, daß
Deutsch-Oesterreich für jene unbedingte notwendigen Lebens-
mittel, die seine Bevölkerung zwar nicht vor dem
Verhungern schützen könnten, etwa 20 Milliarden
Kronen im Jahre benötigt. Als diese Rechnung aufgestellt
wurde, war die Wiener Krone auf dem Wiener Markt noch
annähernd sechs Centime wert; inzwischen ist aber der
Preis der Krone tief gesunken. Die Wiener Devisen-
zentrale bewertet sie nunmehr mit 3,75 Centime; in Wirk-
lichkeit ist die Krone im Auslande wertlos und wird
als ausländisches Zahlungsmittel überhaupt nicht mehr ge-
nommen. Nach dem heutigen Stand der Krone auf den
ausländischen Geldmärkten würden daher jene Lebens-
mittelmengen, die Deutsch-Oesterreich benötigt, nicht etwa
20 Milliarden, sondern 35 Milliarden Kronen kosten.
35 Milliarden Kronen nur für Brot, Fleisch, Fett, Milch-
konsum, Futtermittel — also für die allerersten
Nahrungsmittel! Rechnet man zu dieser ungeheuren
Summe, jenen Betrag, der der Einkauf des Minimums
an Kohle, die Deutsch-Oesterreich benötigt, um seinen Haus-
und Küchenbrand, seine Elektrizitätswirtschaft und seinen
abnehmend gedrosselten Verkehr aufrecht zu erhalten, ferner
jene Summe, die der Einkauf jenes Minimums an Roh-
stoff, an Leder und Baumwolle, den die Erneuerung der
längst zerfallenen Kleider, Hemden, Strümpfe, Schuhe
bedarf, so gelangen wir zu der ungeheuren Summe von
nahezu fünfzig Milliarden Kronen, die
Deutsch-Oesterreich alljährlich vom Auslande als Darlehen
braucht, die es als Gnadengabe vom Auslande
empfangen muß, da es so selbst außerstande ist, erforderliche
Gegenwerte zu bieten.

Der Saint Germainer Friede hat Deutsch-Oesterreich
seiner deutschen Reichgebiete in Böhmen beraubt. Der
Kohlenmangel Deutsch-Oesterreichs ist der tiefste Quell seiner
Zerfallsursache, denn der Mangel an Kohle verhindert die
Regeneration der Industrie und entwürdigt das Volk
Deutsch-Oesterreichs zu jenem Elendvolk, das es in Wahrheit
nun ist, das Hunger empfangen muß, um ein kümmerliches
Existenzdasein fristen zu können. Der Saint Germainer
Friede hat Deutsch-Oesterreich jener deutschen Gebiete in den
Sudeten beraubt, die vor dem Zerfall des k. k. Reichs-
gebietes Wien mit Kartoffeln, Butter und Brot teilweise
versorgt hat; nun wurde Deutsch-Oesterreich in einen Zustand
qualvoller Ungewißheit gestürzt, der jeden überstandenen
Lebensstag zu einem erregten Wunder gestaltet. Der Saint
Germainer Friede hat diesem bankrotten Deutsch-Oesterreich
Kosten aufgebürdet, die es nicht tragen kann; sie haben
seine Kraft auf den ausländischen Märkten auf den
Nullpunkt herabgedrückt. Da sieht nun ein lebenskräftiges,
arbeitsfähiges, begabtes, hochkulturbildetes Volk dahin,
gesteuert durch den Mangel an allen Vorbedingungen kräfti-
ger Arbeit, aller Welt und vor allem sich selbst zur Last.
Die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs hat der Saint Ger-
mainer Friede zweifach zu sichern geglaubt, und so wurde
Deutsch-Oesterreich von aller Welt der abhängige, un-
freie Staat!

Die Tiefe des deutsch-oesterreichischen Problems erschöpft
sich also nicht in der Mikrobilalität der Großmacht, Wien
über die Wintermonate überleben zu lassen, sondern besteht
darin, Deutsch-Oesterreich überhaupt zu
retten, das heißt, diesem Lande in einen standrecht-
lichen Zustand zu versetzen, der ihm Arbeit, Entwik-
lungs-, kurz Lebensfähigkeit verleiht. Die Not Wiens und
der Alpenländer, die wahrhaftig zum Himmel schreit, er-
fordert zumindest reichere Hilfe. Aber die Hilfe

zung der augenblicklichen Not bereinigt nicht die fernere Not des Landes. Wenn Deutschland den erlebten, ererbten Lebensmittelfreudt bekommt, wenn Deutschland und Polen, Italien, Argentinien, Jugoslawien, Belgien und Holland, Holland, Belgien und Brasilien, Frankreich, Rumänien und Dagegen für die nächsten Monate auf Leben würden, so wäre das Problem Deutschlands nicht gelöst. Es wäre die Gefahr der Katastrophe dann bestenfalls verkleinert; der ein Volk der Welt überantwortet, bleibt bestehen. Deutschland muß eben, um leben zu können, in ein großes Wirtschaftsgesetz, in eine Produktionsgemeinschaft eingeschaltet werden, die ihm Rohstoffquellen und Absatzmärkte erschließt, das ihm Arbeitsmöglichkeit gewährt. In der handelsrechtlichen Isolierung Deutschlands liegt all sein Leid und Jammer eingeschlossen. Diese Isolierung, die das deutschösterreichische Volk zum Diod aller Völker verwandelt hat, muß zerbrochen werden, oder aber der französische Imperialismus, der sie diktiert hat, schreibt über die Leiden dieses Sechzig-Millionen-Volkes.

Die außenpolitische Reise.

Die Regierung bemüht sich, den Ernst der politischen Situation noch Möglichkeit zu vertuschen. Sie behauptet, daß die Verhandlungen in Paris nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen seien, kann aber die Abreise des Herrn von Simson und vor allen Dingen der Saarbesitzer nicht genügend erklären. Tatsache ist, daß zur Zeit keine weiteren Verhandlungen mehr stattfinden und daß infolgedessen die Ratifikation des Friedensvertrages am 1. Dezember auf keinen Fall erfolgen kann, ja daß es zweifelhaft ist, ob die Ratifikation überhaupt erfolgt.

Als Anlaß hat die Regierung die Kriegsgefangenenfrage bemittelt, in der allerdings die Haltung Clemenceaus nicht einwandfrei ist; die wahre Ursache aber bildet die Frage der Auslieferung. Die Regierung hat, obwohl sie den Vertrag bereits ratifiziert hat, nachträglich versucht, durch einen angeblichen Vermittlungsvorschlag die Auslieferung zu umgehen und anderweitig eine Befreiung der Schuldigen herbeizuführen. Die Alliierten sehen darin offenbar eine Weigerung, die Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Da aber die Auslieferungstrage nicht beizulegen ist, einen günstigen politischen Hintergrund im Falle und vor der Welt abzugeben, bemüht die deutsche Regierung sich, den entstehenden Konflikt auf die Kriegsgefangenenfrage abzuwälzen. Man hofft scheinbar, durch die Schwere der Amerikaner der Ratifikation bereitet, die Ratifizierung überhaupt verhindern zu können, und erwartet dabei die Unterstützung der Amerikaner in dem Glauben, daß die Franzosen in der Luft stehen bleiben werden.

Das Auslandliche Amt bemüht die Möglichkeit, daß Amerika aus der Reihe der Alliierten aussteigt und daß dadurch der Friedensvertrag nicht in Kraft treten wird, um daraus Konfliktstoff zu konstruieren. Es erklärt, daß die Einsetzung eines Gerichtshofes, der nach dem Friedensvertrage aus fünf Vertretern der Alliierten, darunter ein Amerikaner, zu bestehen habe und der über die Verfehlungen des Kaisers zu urteilen habe, nicht möglich sei, wenn Amerika den Vertrag nicht ratifiziert. Ebenso ist die Einsetzung aller Wiedergutmachungskommissionen nach Ansicht des Auswärtigen Amtes nicht möglich, da die amerikanischen Vertreter fehlen, wodurch angeblich den französischen Vertretern ein übermäßiges Gewicht eingeräumt würde. Die deutsche Regierung erklärt deshalb, daß sie es nicht nötig habe, den Franzosen die Durchführung des Friedensvertrages zu erleichtern, daß sie deshalb von der französischen Regierung Entgegenkommen, und zwar in der Auslieferungstrage, erwartet.

Ueber die Bestimmungsvorschläge bezüglich der Auslieferungstrage und das Verlangen, das man an die Alliierten in dieser Hinsicht stellt, hat, derweil die Regierung jegliche Auskunft. Die Situation ist ohne Zweifel ernster, als die Regierung, die offenbar Katastrophopolitik treibt, gelten lassen will. Selbst wenn

es gelingen sollte, neue Verhandlungen anzubahnen, so ist das nur möglich mit einer diplomatischen Niederlage, die angesichts der ausbleibenden Forderung der deutschen Regierung weitere schwere Folgen für das deutsche Volk nach sich ziehen wird.

Die Kampfanfrage der Agrarier.

Gegenwärtig liegt in Berlin die Vorkonferenz des Deutschen Landwirtschaftsvereins. Auf dieser Tagung der Großagrarier kam bereits in den ersten beiden Sitzungen der ungeheure Haß zum Ausdruck, der diese Herren gegen die Republik und die jetzige Regierung erfüllt. Es ist anzunehmen, daß die Regierung mit ihrer Vertretung der Reichsminister des Innern noch beauftragte, der im Gegensatz zur Haltung des Reichslandwirtschaftsministers Schmidt nicht nur und deutlich erklärte, daß der Absau der Zwangslandwirtschaft unmöglich sei.

Nach einem Defizit des früheren Unterstaatssekretärs im Landwirtschaftsamt v. Braun, der einen Rufus zur Sammlung und Einigung zu entschlossenem Widerstande der gesamten Landwirtschaft gegen schädigende Einwirkung ertönen ließ, wurde eine Entschädigung angenommen, die Befestigung aller den landwirtschaftlichen Betrieben einzuwendenden Vorrichtungen der Zwangslandwirtschaft einschließlich der Höchstpreise verlangte. Demerselbstwert ist, daß die Agrarier versuchen, auch die landwirtschaftlichen Arbeiterorganisationen unter ihren Einfluß zu bekommen. In der Diskussion wurde scharfsten gegen die Absicht der Regierung der Zwangslandwirtschaft im Interesse der Großlandwirtschaft protestiert. Der bekannte Oldenburg-Jonuschau schied alle Schanz auf den Lohnstand, dessen Befestigung er unter Beobachtung verlangte. Auch gegen das Weichnotopfer und die Einführung von Betriebsräten sprachen sich die Redner aus. Dagegen sind sie mit der Umsatzsteuer einverstanden, wenn sie sich nicht auf den Verbrauch eigener Erzeugnisse in der Landwirtschaft erstreckt.

Die Tagung geht weiter.

Ein glänzendes Geschäft.

Die zahlreichen in den letzten Wochen vorgenommenen Kapitalerhöhungen bei vielen außerdeutschen Aktiengesellschaften sind für die Aktionäre ein außerordentlich glänzendes Geschäft. Auf diesem Wege wird den Aktionären die Möglichkeit großer Gewinne eröffnet, ohne daß die Dividenden erhöht zu werden brauchen. Ein besonders krasser Fall dieser Art wird jetzt bekannt. Die Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt Akt.-Ges. in Frankfurt a. M. folgt dem Beispiel der übrigen chemischen Großunternehmen und schlägt eine Verdoppelung ihres Aktienkapitals um 20 Millionen Mark auf 40 Millionen Mark vor. Die neuen Aktien werden den bisherigen Aktionären zu 110 Prozent im Verhältnis von 1:1 angeboten und sind für das laufende Jahr voll dividendenberechtigt. Es müssen jedoch 5 Prozent Dividenden vom 1. April ab entrichtet werden. — Der Kurs für die Aktien stellte sich an der Frankfurter Börse am Donnerstag auf 543 Prozent.

So sieht in Wahrheit die „Rolle“ der Industrie aus.

Das Kompromiß im Betriebsrätegesetz.

Der vom Betriebsräteauschuß angenommene gemeinsame Antrag der Regierungsparteien über die Entlassung billigt dem Arbeitnehmer nur das Recht zu, gegen Kündigung oder Entlassung wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung, Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Vereine oder einem militärischen Verbande und solche ohne Angabe von Gründen oder wegen Verweigerung nicht vereinbarter Arbeit den Arbeiter- oder Angestelltenrat und den Betriebsräteauschuß anzurufen, welcher letzterer dem Arbeitgeber eine Entschädigungspflicht für Nichtbeurteilung des Entlassenen aufzulegen kann. Die Interessen des Arbeitnehmers werden sowohl für den Fall der Arbeitsentlassung als für den Fall, daß er trotzdem einen neuen Dienstvertrag abgeschlossen hat, geschützt.

Nach Annahme von Veränderungen verschiedener, dem Betriebsrätegesetz entgegenstehender Gesetzesbestimmungen, wurde die erste

Befugung des Betriebsrätegesetzes beendet. Der Ausschuh verlagte sich bis Ende nächster Woche.

Der Kampf um die Schuldeputationen.

Bereits im Juli ist dem verhärteten Unterrichtsaußschuh der preussischen Landesversammlung der Gesetzentwurf über die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen zur Beratung überwiesen. Dieser Entwurf sieht vor allem vor, daß die Vorsitzenden nicht mehr ernannt, sondern gewählt werden und daß der Einfluß der Geistlichen auf das von der Gemeindevorstellung bestimmte Recht eingeschränkt wird. Das heißt, Geistliche sind nicht mehr kraft besonderer Rechte ohne weiteres Mitglied der genannten Körperschaften, sondern können ihnen nur angeboten, wenn sie gewählt werden.

Daß dieser Gesetzentwurf große Gegenliebe beim Zentrum finden würde, hat natürlich kein Mensch geglaubt. Um so wunderlicher ist es, daß außerordentlich ein Zentrumsmann, und noch dazu Dr. Heß, Vorsitzender des vorbereitenden Ausschusses sein muß. Der hat es denn auch glücklicherweise fertig bekommen, den Gesetzentwurf volle vier Monate unberührt liegen zu lassen.

Als der Ausschuh schließlich doch zur Beratung schreiben wollte, wurde ein neues Mandat eingeleitet, um die Verabschiedung völlig zu durchkreuzen. Von dem Deutschnationalen Club wurde die Kompetenzfrage aufgeworfen. Er beantragte, gleich unserer Vertreterin, der Genossin Krenndörfer, daß das Wahlrecht der Regierung für die Mitglieder der Schuldeputation nicht befristet werden solle, außerer dann aber befristet, ob das Gesetz überhaupt beraten werden könne, da eine verfassungsgemäße Regelung in Aussicht gestellt sei und es bis dahin bei der befristeten Wechseltage verbleiben solle. Das heißt er hat sich aus, es dürfe überhaupt an den bestehenden Zustand nicht gerührt werden.

Genossin Krenndörfer bestritt ganz entschieden, daß diese Auffassung richtig sei. Der Artikel 174 der Reichsverfassung könne nur so verstanden werden: solange keine verfassungsgemäße Regelung getroffen ist, verbleibe den Staaten das Recht, die Verhältnisse zu regeln. Diese Regelung hätte schon längst durchgeführt sein müssen, weil mit der Neueinsetzung der Gemeindevorstände auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zumindest auch eine Verdrängung der Schuldeputationen auf dem Gebiete der Schulverwaltung (Schulung) eintreten müsse. Das Vorgehen der Deutschnationalen, denen das Zentrum natürlich angeschlossen hatte, laufe lediglich auf eine Verhinderung hinaus.

Darob schließlich höchste Entscheidung. Die Mehrheit des Ausschusses bekannte sich jedoch zu der Auffassung unserer Genossin und erklärte sich für berechtigt, in die förmliche Beratung einzutreten. Einen Erfolg hatten die Finsterringe jedoch infolge, als der Ausschuh unter diesen Erörterungen vergebens war und die nächste Beratung nun vielleicht erst wieder nach Wochen anderaumt wird. Dagegen werden wir schärfsten Einlegen.

Vom Untersuchungsausschuß.

Aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß wird mitgeteilt:

Nach Gerüchten, die im Umlauf gesetzt worden und deren Verbreitung von interessierter Seite gefördert wird, soll der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Arbeiten einstellen und langsam in der Verfertigung verschwinden. Das Gegenteil trifft zu. Der Ausschuh arbeitet daran, seine Arbeit zu verbessern. Diese Arbeit erfordert reichliche Unterstützung, wie aber dadurch erleichtert, daß alle Mitglieder und Sachverständigen ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung sich bemühen, die Sachverhalte zu klären, die im Anfang der für Deutschland naturgemäß anhaften mußten.

Unschuldig ist auch, daß beschlossen sei, daß der II. Untersuchungsausschuß vor Beendigung seiner öffentlichen Sitzungen mehr arbeiten werde. Der II. Untersuchungsausschuß hat zunächst die Vernehmung Hildenburgs und Budendorffs zu beenden. Ueber den Zeitpunkt dieser Vernehmung konnte mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage der Nationalversammlung ein Beschluß noch nicht gefaßt werden. Nach Wunsch dieser Vernehmung wird allerdings der II. Untersuchungsausschuß eine längere Pause eintreten lassen, da das Material für seine weitere Tätigkeit noch nicht hinreichend gesichtet ist.

Erwähnen des Weener Strauß hat ganz auf Willkürlichkeit der Herr Paul Hartmann als Beob. Ludwig Müller als Beob. und Paul Range als Beob. hatten die Sachverständigen Kraft. Elise Heims als Sachverständige und Maria Feil als Sachverständige waren im Saal auffällig einander gegenüber und sehr feierlicher Andacht. Und wenn noch nicht alles gesagt, so hat doch ein mächtiger Wille zum Ausdruck und am erscheinendsten gelüte der Schme der Massen und des Einzelnen durch den Herrn Erich Baron.

Die musikalische Erziehung des Kindes. In einem Artikel der Pariser Musikzeitschrift „Musique“ von Jacques Dalcroze, das Mädchen, dem ja jedes Kind mit Entzücken zuhört, in den musikalischen Erziehungspflan einzustellen. In diesem Zweck sollte sich der Märgenerzähler angelegen sein lassen, seine Erzählung durch das Vorspielen kleiner, Personen und Handlung charakterisierender Stücke im tonmalrischen Sinne zu illustrieren, also z. B. das Galoppieren von Pferden, das trippelnde Geräusch laufender Mäuse oder das Gem-Gem der Gloden auf dem Klavier nachzuahmen. Es sei dies das beste Mittel, die kleinen daran zu gewöhnen, Musik nicht nur mit den Ohren zu hören, sondern auch innerlich mit- und nachzuempfinden. Das physiologische Weiz, den die Tonbewegungen auslösen, spielt bei der nicht zu unterschätzenden Vermittlerrolle. Das Ohr ist in innigster Verbindung mit dem Gehörapparat, und es ist zweifellos, daß wechselseitige Beeinflussungen der Stimme auf das Gehör und des Gehörs auf das Stimmorgan stattfinden. In der Tat werden nicht wenig Leute hinten im Hinterkopf einen Muskelwummeln, wenn sie einen Klang hören. Man braucht nur an eine Melodie zu denken, um in der Kehle die Muskelbewegung zu fühlen, die notwendig ist, um die Töne der gehörten Melodie zum Gesänge zu bringen. Wenn man also das Gehör des Kindes erziehen will, so wird man gleichzeitig die Stimme pflegen müssen, unter der Bedingung natürlich, daß man dem Schüler den Ton, der meist im Kehlkopf hervorbringt, zum Bewußtsein zu bringen. „Musikunterricht“ am Sonntag, den 30. November, nachmittags 4 Uhr, in der Philharmonie die Fünfte Veranstaltung der „Musikalischen Jugend“, wobei Conchard Brönnigow, Wilhelm von Schubert, Böhm und Dr. Franz Angl. Karten à 1.50 Mk. in der Buchhandlung, Schiffbauerdamm 10, und an der Kasse, Schiffbauerdamm-Konzert, Präsesor Karl Schönbach, Carl Schönbach und Hugo Wehr werden am Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 11½ Uhr, im Theater am Volkstheater im Rahmen des „Musikalischen Vereins“ Kallabühnen Reges und Pfingst spielen.

Die „Dressie“ im Großen Schauspielhaus.

Es war eine Öffnung nach der Donardeit langer Jahre über nachdrückliche Hindernisse. Sicher ein künstlerisches, vielleicht sogar ein literarisches Ereignis über Berlin hinaus. Nicht nur die riesigen Dimensionen des von Pöschig konstruiert dramatisch umgewandelten Zirkusbühnen wurden in Reinhardt's breiter ausladender Regie betätigt, sondern auch von der Urgewalt der griechischen Tragödie wurde über zwei hunderttausend Zuschauer mancher Wundergeheimnis. Die „Dressie“ des Alkibiades wirkt den Abgang der Daidenschen in ihren menschlichen und übermenschlichen Verfassungen auch auf uns und alle Seiten, aber die Struktur des ganzen ist uns entzweielt. Was blieb im letzten Schall auch gestern übernommen. In der zweiten Halle, die in ihrer schneigen Halle wie das Krönungs einer ähneln Anstaltler bis an die Ebene zu ragen scheint, harmoniert sich Herz und Sinn längst nicht mehr an geistliches Altertum, und auch nach dem Neu-Hellenismus begehren wir nicht. Ueber den großen Stil der feierlichen Menge, den soll uns das Theater von heute natürlich schaffend widerbringen. Nicht Alkibiades hat gestern gebietet, sondern das den neuen prachtvollen Möglichkeiten stehende Drama. Weit mehr als die Verstellung, die im ersten Akt des Kindeshauses bewegte uns die Verstellung, wie Schicksal und Drama von heute sich in diesen Räumen, von dichterischer Hand geballt, entlocken würden. Hier liegen unauflösbare Möglichkeiten vor uns, daß auf diesem von Reinhardt nunmehr beschrittenem Wege sich Hoff und Achtung zu neuer Ehrfurcht über Wassertriumph und Höhenplaner hinaus erheben werden. Schauspielere, Regisse und mehr noch, was in der letzten Dunkelgeunde schimmert.

Nicht geistliches Theater, sondern Volkstheater in neuem und weitaus: Sinne des Wortes muß die Lösung sein. Treuende Mäße müssen eingestrichen werden. Bewegung, Dynamismus von Geist und Wille sollen uns empfortragen. Die Bewegung und Spannung, die gestern über der feierlich gestimmten Menge lag, ist nicht der Sinn, der die Herzen entzündet und schneller schlagen läßt. Aber vieles ist schon gewonnen, wenn man nicht mehr vor der „Kollisionslinie“ flieht. Die dramatischen Vorgänge spielen nach allen Seiten aus, in der Arena mit ihren bemessenen Ecken. Hier hat Reinhardt mit seinen Mitarbeitern nicht eine Nachahmung der griechischen Orchester geschaffen, sondern mit einem ausgiebigen technischen Apparat neue

Konzepte erreicht und teilweise auch erzielt. Bei diesen Versuchen im allegorischen Stil kann und soll natürlich nicht gleich ein festes Resultat fixiert werden. Doch aber die künstlerische Wirkung besonders durch Licht und Klang und farbiges Pastell in höchster Weise bereits erreicht wurde, wurde schon in der ersten Vorprobe gesagt. Und über die neue Bühne und den neuen Stil und alles was damit zusammenhängt, wird hier noch ausführlicher die Rede sein müssen. Diese Probleme finden sich häufig auch in einem Buchlein behandelt, das zur Eröffnung des Großen Schauspielhauses im Vorlog des Deutschen Theaters erschienen ist und vielleicht mehr einer Notion als einer Revolutionierung des Theaters dient. Die Prinzipien der griechischen Bühne, die sich übrigens in manchen Theatern Europas bis zu 60.000 Menschen (Gymnasion) wurde damals nicht erhoben) wird abgelehnt und hier eine hochentwickelte Technik entgegengestellt mit einer dreifach ansehnlichen Bühnenfläche und einfach gehaltenem dekorativen Hintergrund. Auch Reinhardt und Vollmöller, der die „Dressie“ überlegte und bearbeitete, setzen sich in der Zusammensetzung von Konzerten der Theaterbesucher nach einer Gemeinamkeit von „mitabenden, mitgerissen und mitwühlenden Würgern und Volksgenossen“. Die Zeit wird Menschen und Werke vielleicht noch ganz anders reifen und alle überlebten Worte fröhlicher Ecken sprengen.

Die Aufführung, die Klang und Fülle hatte, Wenstrahlte mit ihrem inneren Reichtum auch das, was noch allzu sichtbar nur einstudiert war. Die Bedeutung der Worte und der Sinn der Worte trat erheblich zurück hinter die dichterischen Einzelstellungen. Die begleitende Musik von Franz Rilson und die Ausfaltung von Ernst Stern haben das Gepränge am Gorgon. Crest hat Pöschig und sein Gorgonismus in Schlangengericht und harter Dämonie stand in wunderbarem Gegensatz der göttlich längerischen Haltung des entführten Jünglings. Er sollte dem Farnen gepöschelt, er füllte den Raum mit dem Edelmetall seiner Seele, er flog aus dem Meer von Wirt und Frauen die Stürken himmelst zum Gott des Lichtes, Friede und Freude verbrüht. Die Musik der Bewegungen war auch bei den anderen Musikstücken den räumlichen Verhältnissen angepaßt. Erstmalig Gregorius Wälder gab zu Beginn einen fast japanischen Akt. Als Alkibiades, die ihm Gatten Agamemnon bei seiner Heimkehr über, und mit dem Klugheit von ihren Sohn Crests verlobt wird, hatte Agnes Strauß eine tolle, jäh, gudernde Persönlichkeit. Der Ag-

Ein geschichtliches Werk.

Eine eingehende Untersuchung der ersten Epoche der revolutionären Ereignisse in Deutschland, fehlt leider noch. Bisher sind nur Beiträge über einzelne Ereignisse oder einzelne Zeitschnitte erschienen. Als ein solcher Beitrag, der besonders große Bedeutung besitzt, ist der stenographische Bericht über die Verhandlungen vor dem Schwurgericht gegen den Genossen Ledebour wegen Aufrührer, Räubersführer, etc. anzusehen, der jetzt im Verlag der Buchhandlung 'Freiheit', Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13, erscheint. Das Werk ist für den mit Interesse und inniger Anteilnahme an dem Verlauf der Revolution folgenden Arbeiter eine Quelle der Belehrung, die ihn sowohl über die Ereignisse, die zum 9. November führten, unterrichtet, als auch über die, die dem 9. November folgten. Das Werk ist 893 Seiten stark und kostet dauerhaft gebunden 25 Mark. Dieser Preis, der sich allein durch die hohen Herstellungskosten und den Umfang des Werkes erklärt, wird ja leider der Verbreitung der Schrift unter der Arbeiterschaft etwas hinderlich sein. Trotzdem sollte niemand, der die Möglichkeit dazu besitzt, seine Anschaffung unterlassen, insbesondere sollte das Werk in seiner Bibliothek fehlen.

Über die Absichten mit der wörtlichen Herausgabe der Verhandlungen sagt Genosse Ledebour im Vorwort zu der Schrift folgendes:

„Bekanntlich kam es hauptsächlich auf folgendes an: Langweiligkeit hätte im Januar und März die revolutionäre sozialistische Bewegung erschüttern, die während der Sitzungsperiode der Arbeiterschaft eingewirkt hatten. Es galt, ihr Selbstvertrauen zu heben, ihre Hoffnungslosigkeit und Tatkraft neu zu beleben. Maßnahmen freuchen da wenig. Nicht weit so sehr von uns und die Unschicklichkeit wie das lebendige Beispiel. Wäre es nur überhaupt in Deutschland eine Erklärung des Genossen, die sich zur unüberwindlichen Verwirrung des Gemütes für alle, alle für einen! Denn noch haben auch die kirchlichen Erklärungen der Weltjahres sogar unsemem Volkstümlichkeit als Untergrund und den Gang zur Unkenntlichkeit sich selbst aus den Knochen gerüttelt.“

Die Lösung des proletarischen Selbstbewusstseins sollte mit aller Macht dazu dienen, in den langweiligen sozialistischen Arbeitermassen die Erkenntnis zu fördern, daß es keine Ziele mehr werden kann durch Überwindung aller solitarischen Forderungen und durch den Zusammenschluß zu einer großen, einheitlichen revolutionären Partei. Deshalb machte ich von der Arbeiterpartei aus das Proletariat, insbesondere die Arbeiterinnen und die Kommunisten: In gemeinsamen Kämpfen soll für eine Einigung finden!

Das wichtigste Ziel für diesen gemeinsamen Kampf besteht darin die Errettung des deutschen Volkes aus seiner schicksalhaften Lage. Diese Errettung ist die Verwirklichung des Sozialismus in enger Verbindung mit der Bekämpfung der zur Zeit im Lande herrschenden Weltrevolution.

Den ersten Schritt dieses Kampfes hat mein Hochachtungsvoll gemacht. Ueber die anderen Schritte, mit denen die reaktionäre Presse die Verhandlungen begleitet, hat sich das reaktionäre Organ eines der Kommunisten, der Sozialisten: Der Schaden, den dieser Prozeß dem deutschen Volk anrichten wird, ist gar nicht leicht zu überschätzen!

Ich sage umgekehrt: Der Schaden, den dieser Prozeß anrichten wird, ist durch die bewirkte Aufhebung schwerer Schäden zu begrenzen. Ist noch gar nicht zu ersehen, besonders zur Befreiung des angeführten Vorgesetzten unserer Rechtspflege, ist ein Schritt das schmerzliche Eingeständnis aller Interessen, nicht zu tun, was der Justiz beliebt.

Das die politische Wirkung der Verhandlungen unübersichtlich, so sehr politische Verehrer Zusammenstellungen von Menschen verschiedener Richtungen mit der trübseligen Gemütsverfassung, daß die Saat, die ich gesät habe, auf fruchtbaren Boden fallen wird. Ist doch auch der gewaltige Aufschwung, den längst in revolutionären Richtungen der sozialistischen Bewegung gewonnen haben, zum guten Teil auf die Umwälzungen unserer historischen Kämpfe vor Gericht zurückzuführen. . .

Der Herrgott bei Koste.

Das wird geschrieben: Von einigen Tageszeitungen wurde berichtet, daß der in München von seinem Posten mit Recht entlassene Oberleutnant Herrgott von Koste rehabilitiert und als Referent in das Reichswehrministerium nach Berlin berufen worden ist. Das hat man ihm nun ein sehr verantwortungsvolles Amt, die Schulangelegenheiten des neuen Heeres übertragen, was heißt, um das sich der Oberleutnant Herrgott bisher niemals gekümmert hat. Abordnungen, die seinen Rat einholen, werden mit hohlen Reden vertrieben. Als Gehilfen hat sich dieser, wie es jetzt sagt, ergoconservative Mann, auch Männer darunter, die nicht die geringste Gewandtheit besitzen, das dem Heeresbedürfnis des neuen Reichsheeres Rechnung getragen werden soll, ein Weib, von dem mit Bestimmtheit behauptet werden kann, daß er bewußt dahin arbeitet, die Bildungsbestrebung des Heeresangehörigen nicht zu fördern, sondern einzudämmen. Es ist begreifbar, daß Koste einen Mann rehabilitiert, der in Bayern wegen seiner reaktionären Bestrebungen verurteilt worden ist. Diese Rehabilitierung paßt vortrefflich zu den Wünschen Koste, den Angehörigen des Soldatenstandes die ersten erlangenen politischen Rechte und Freiheiten wieder zu verschaffen. Er beruft Männer, die seines Geistes sind.

Internationale Arbeitsskonferenz.

Der internationale Arbeitsskonferenz über den Entwurf einer Konvention betreffend den 8-Stundenarbeitstag und die 48-Stundenwoche erklärte Jouhaux im Namen der Arbeiter, daß diese für die Kontention stimmen würden, weil es ihm erlaube, daß das in Rede stehende Prinzip international festgelegt werde. Das sei ein großer Schritt vorwärts.

Der Ausschussbericht wurde von Fontaine vorgelegt, der folgende ausspricht: Die Arbeitstage der Arbeiter soll grundsätzlich 8 Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Die Ausnahmen werden genau aufgezählt. In Betrieben mit beschwerendem Arbeit soll die Höchsthöhe 56 Stunden in der Woche betragen, doch soll nur der durchschnittliche Betrag nicht der ganze Betrieb von dieser Ausnahme betroffen werden. Es wurde festgestellt, daß die gegenwärtigen Bestimmungen in der Eisen- und Stahlindustrie zu viele Schichtarbeiter seien, um regelmäßige 8 Stundenarbeiten durchzuführen.

Der in Rede stehende Entwurf einer Konvention, soll von den einzelnen Staaten ratifiziert werden, um jedoch im Juli 1921 in Kraft zu treten. Es wurde noch erwähnt, daß günstige Arbeitsbedingungen, welche etwa bereits in einzelnen Ländern bestehen sollten, durch die Konvention nicht berührt werden.

In der allgemeinen Diskussion schloß Parsons im Namen der französischen Arbeitgeber die Kontention ab, weil sie die Produktion hemme und die Politik in das Geschäft trage. Barnes (Großbritannien) verurteilte diesen Standpunkt als einen Versuch, ein Prinzip zu diskutieren, das bereits durch den Friedensvertrag angenommen worden sei.

Rowell (Kanada) sprach die Erwartung aus, daß die kanadische Regierung, welche die entsprechende Bestimmung des Friedensvertrages gebilligt habe, ihren Verpflichtungen nachkommen würde.

Eine wichtige Veränderung wurde genehmigt, nämlich die Überweisung der Frage der Inlands-Transportarbeit an die besondere Konferenz für fernnährliche Arbeit.

Der Allanprozeß.

Der 10. Verhandlungstag ist ausgefüllt mit unendlichen Fragen des Staatsanwalters, von denen man selbst beim besten Willen nicht erkennen kann, wie sie mit dem Allan-Prozeß zusammenhängen. Doch mangelt es nicht an wirklichen Beweismaterialien bringt der Staatsanwalt die Verhandlungen vom Hundertsten ins Tausendste. Selbst dem Vorsitzenden wurde die endlose Fragerei des Staatsanwalts zu bunt und er erklärte dem Staatsanwalt, daß, wenn es ja weiterginge, die Verhandlung bis zum Mai dauere. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung kam es zu einer erregten Debatte über die bewaffneten „Studentenhäuser“ in der Kellertafel. Auf die Frage des Rechtsanwalts Herrfeld nach Gruner gegeben, daß bei den Verhandlungen, die er in dieser Angelegenheit in Berlin gefolgt habe, der General v. Winterfeld die nachträgliche Genehmigung zur Einstellung von Freiwilligen für das hiesige Kavallerie-Regiment auf die Aufforderung Gruners hin wieder zurückgezogen hat.

Die amtlichen stenographischen Berichte des Untersuchungs-Ausschusses der deutschen Nationalversammlung über die Ursachen des Krieges, die Friedensmöglichkeiten und die wirtschaftlichen sowie militärischen Maßnahmen, die dem Völkerricht widerprochen werden können, können nunmehr durch jede Anschaffung und jedes Postamt bezogen werden. Sie erscheinen in dem Vorlage der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 45, Wilhelmstr. 22 und werden mit 20 Pf. für den 10seitigen Abdruck berechnet. Der Umfang kann beliebig nicht abgelehnt werden.

Ein neues Verbot. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der Oberbischöfliche in den Marken bis auf Weiteres den Druck und den Vertrieb der Zeitschrift „Die kommunistische Internationale“, Verlag und Herausgeber: Kurt Böhme, Berlin, verboten.

Aus aller Welt.

Schwere Explosionskatastrophe bei Wien.

Correspondenz Wien. Gestern ereignete sich in dem Dorfe Parigraß-Neustedel bei Wien heute Nacht eine schwere Brand- und Explosionskatastrophe in einer Wohnbaracke der Samengewerkschaft Monza. Ueber die Ursache der Explosion ist noch nichts Näheres bekannt. Bisher werden 40 Tote und eine Anzahl Schwerverletzte gemeldet. Es scheint sich um eine verheerende Brandstiftung zu handeln, da in der Baracke die Reste des Raiffeisenvereins zerbrochen und vollständig ausgehaut und im Dorf selbst eine Anzahl Einbrüche verübt wurden.

Aus der Partei.

Aus der Udermark.

Welch einen gewaltigen Fortschritt die Entwicklung der U. S. R. D. in der Udermark gemacht hat, zeigen unsere Veranstellungen am Tagessalon in Prenzlau. Die rechtssozialistische Parteileitung in Prenzlau hatte am Vormittag um 10 Uhr sämtliche Ortsgruppenvorsitzende des Landarbeiterverbandes nach Prenzlau ins Hotel Maack eingeladen. Von den Landarbeitern war unser Genosse Steinweg aufgefordert worden, zu erscheinen und da zufällig unser Genosse Brühl, der am Sonntag in Prenzlau in einer öffentlichen Versammlung sprechen sollte, im Hotel Maack wohnte, wurde auch dieser eingeladen. Der rechtssozialistische Wahlkreisvorsitzende Richard Schulz eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß nur solche Personen das Recht der Teilnahme besäßen, die der rechtssozialistischen Partei angehörten. Alle anderen Anwesenden forderte er auf, sofort den Saal zu verlassen. Ein Sturm der Enttäuschung folgte diesen Ausführungen. Wie ein Mann erhob sich die ganze Versammlung und verließ den Saal und bog sich in den in der Rockefeller liegenden Park. Hier wurde sofort eine neue Versammlung veranstaltet, in der die Genossen Steinweg und Brühl referierten. Sämtliche Landarbeiter (vertreten waren 23 Ortsgruppen) erklärten ihre Zugehörigkeit zur U. S. R. D. und auch der rechtssozialistische Kreisgruppenvertreter für Strassburg, Gausel, erklärte, daß es ihm jetzt wie Schuppen von den Augen gefallen sei und er die Konsequenz ziehen werde.

Am Nachmittag war eine große Gedächtnisfeier für unseren verstorbenen Führer Hugo Haase angelegt, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Mit einer Ansprache leitete Genosse Steinweg die Feier ein. Ein Prolog gab der Veranstaltung den würdigen Rahmen. In einer längeren Gedächtnisrede schilderte Genosse Brühl die Verdienste des Verstorbenen, und als zum Schluß Genosse Steinweg die Versammelten aufrief, sich in dem Gedenke zu vereinen, im Geiste und Sinne des Verstorbenen zu wirken, erhob sich einleitend Dampfer die ganze Versammlung.

Eine am Abend einberufene öffentliche Volksversammlung hatte sich ebenfalls eines starken Besuches zu erfreuen. Genosse Brühl referierte über das Thema „Militarismus, Konradismus und Junkerrecht“. Seine mehrfach von großem Beifall begleiteten Ausführungen trugen offensichtlich dazu bei, daß viele Anwesende ihren Beitritt zur U. S. R. D. erklärten. Später hatten sich in der Diskussion nicht gemeldet. Auch in der Udermark geht es vorwärts.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 48 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitung „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Die politische Seite der Affäre Ellers von Prof. Breitsch; Zum Parteitag von Angen Prager; Die Notwendigkeit einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft von Heinrich Ströbel; Hygienische Maßnahmen im Sowjetrußland von Max Rodann. „Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitshard, Berlin SW. 15, am Preise von dreizehnhundert 6 Pf. zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pf.

Gewerkschaftliches.

Neue Lohnbewegung der Wächter bei den Berliner Wach- und Schließgesellschaften.

Seit einem Jahre erst haben sich die Wächter in einer Organisation zusammengeschlossen. Die Tarife, die bisher abgeschlossen wurden, tragen in keiner Beziehung den jetzigen Verhältnissen Rechnung. Die Stundenlöhne für neueingestellte Wächter schwanken zwischen 86 Pf. und 1,13 M.; die erzielten Höchstlöhne zwischen 97 Pf. und 1,18 M. Die Monatslöhne schwanken also zwischen 200 und 275 M. Drei Wachgesellschaften gebühren im Monat zwei freie Nächte, sieben Wachgesellschaften eine freie Nacht, während die „Berliner Wach- und Schließgesellschaft“ ihrem Wachpersonal überhaupt keine freie Nacht gewährt. Daß sich die Wächter und Wächterinnen und deren Familien durch diese miserablen Entlohnung in drückender Not befinden, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Am Donnerstag vormittag beschäftigte sich eine gut besuchte Wächterversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses mit den bevorstehenden Tarifänderungen und den zu stellenden Forderungen. Nach Ausführungen von G. Herberich und Leube wurde ein vorläufiger Tarifentwurf genehmigt, in dem u. a. 400 M. Monatslohn, Urlaub je nach der Dienstzeit von 8 bis 15 Tagen, Entschädigung für eigene Dienstleistung usw. gefordert werden. Da die Wächter größtenteils fest hinter ihrer Verhandlungskommission stehen, ist zu erwarten, daß es dieser gelingen wird, die gestellten Forderungen durchzusetzen und die drückende Not von den Familien der Wächter abzuwenden.

Lohnbewegung in der Eisenindustrie.

In der Brandenburgerversammlung am 24. November gab R. A. P. I. einen Bericht über den Stand der Verhandlungen und teilte die Verschleppungsdarlehen der Unternehmer. Der Referent legte nachstehende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhoben schärfsten Protest gegen die Verschleppungsdarlehen des Verbandes der Eisen-, Stahl- und Drahtfabrikanten betreffs Schaffung eines Lohnabkommens. Sollten die Fabrikanten absonderlich die Verhandlungen verzögern, so sind die Kollegen bereit mit allem Nachdruck ihre Forderungen durch Kampf zum Sieg zu verhelfen.“

Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden folgende Forderungen gestellt: Für gelehrte Arbeiter ein Stundenlohn von 1,50 M., für angelehnte 1,20 M., für unangelehnte 8 M. Für normale weibliche Arbeiter derselben Lohn wie gelehrte männliche Arbeiter. Für unangelehnte weibliche Arbeiter 75 u. d. des Lohnes der männlichen Arbeiter. Für jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahre 1,20 bis 1,50 M., von 16-18 Jahre 1,50 bis 2 M., von 18-20 Jahre 2 M., von 20-25 Jahre 3 M., von 25-30 Jahre 4 M., von 30-35 Jahre 5 M., von 35-40 Jahre 6 M., von 40-45 Jahre 7 M., von 45-50 Jahre 8 M., von 50-55 Jahre 9 M., von 55-60 Jahre 10 M., von 60-65 Jahre 11 M., von 65-70 Jahre 12 M., von 70-75 Jahre 13 M., von 75-80 Jahre 14 M., von 80-85 Jahre 15 M., von 85-90 Jahre 16 M., von 90-95 Jahre 17 M., von 95-100 Jahre 18 M. Von diesen gestellten Forderungen wird die Arbeiterschaft der Eisenindustrie keinen Cent ablassen. Sie gibt der Verbände-Lohnkommission mit auf den Weg, daß sie evtl. durch Kampf die Forderungen durchzusetzen bereit ist.

Ein internationaler Holzarbeiterkongress ist auf den 18. Januar nach Amsterdam einberufen worden. Der deutsche Holzarbeiterverband wird durch Delegierte teilnehmen, darunter Theodor Reichert, der auch noch der Übernahme des Amtes eines wilhelmsbühnen Arbeiters miters die Funktion des internationalen Sekretärs beibehalten hat.

Deutsche Telephon-Verke, West-Niederlande. Auszahlung der Streikunterstützung, Sonntag, mittags von 12-2 Uhr, bei Zellwisch, Wälder Str. 55, Ecke Sonnen Straße. Die noch nicht arbeitenden Kollegen, Kollegen werden hierdurch aufgefordert, sich zu dieser Zeit dort zu melden, da sie sonst von der Gewerkschaft gestrichen werden.

H. G. G. Henningsdorf, Montag, abends 8 Uhr, Betriebsversammlung in Henningsdorf beschäftigt und ausgesprochenen Kollegen und Kolleginnen in den Vorarbeiten, Müllerstraße. Dasselbe auch in Anbetracht der streikenden Streikunterstützung. Mitglieder der Wohlfahrtskommission müssen am Abend sein. Samstag, Sonntag, 8 Uhr, Betriebsversammlung in Henningsdorf bei Kienitz.

Groß-Berlin.

Die Zusammensetzung des neuen Brandenburgischen Provinziallandtages.

Nachdem alle Wahlen der Stadt- und Landkreise zum Brandenburgischen Provinziallandtag auf Grund der Verhältnismäßig durchgeführt worden sind, ergibt sich nach der Verteilung der Abgeordneten folgende Zusammensetzung des neuen Provinziallandtages: 80 Deutsche Nationalen, 1 Deutscher Volksparteier, 19 Demokraten, 21 allgemein bürgerliche, 18 ohne Angabe der Partei (meistens Bürgermeister), 47 Mehrheitssozialdemokraten und 15 Unabhängige, zusammen 146 Abgeordnete. Den 82 Sozialisten stehen demnach 64 bürgerliche Abgeordnete gegenüber. Der Brandenburgische Provinziallandtag wird voraussichtlich kaum vor der gewöhnlichen Jahreszeitung im Februar nächsten Jahres zusammentreten.

Dann aber bekommt dieses Gebilde wiederum ein anderes Gesicht, weil ein neues Gesicht über die Wahlen zu den Provinziallandtagen vorgelegt wird. Soweit Brandenburg in Frage kommt, wird die Vertretung sich verschieben, wenn Groß-Berlin in Kraft tritt und die Dreiecke aus der Provinz Brandenburg austreten.

Aus der Berliner Polizeiverwaltung.

In einer dieser Tage in der Wagon-Brauerei stattgefundenen Versammlung der Polizeibeamten, die unter Aufsicht der verschiedenen Massenorganisationen einberufen worden war, wurde nach einem wenig befriedigenden Referat des Verbandsvorsitzenden Dr. Franke von dem gleichzeitig anwesenden Polizeihauptmann Kaulke den entlassenen Beamten eröffnet, daß sie ganz wieder eingestellt würden, ihre Entlassung jedoch am 31. Dezember d. J. unanwendbar sei. Polizeihauptmann Kaulke, welcher, wie es erklärte, im Auftrage des Polizeipräsidenten Ernst diese Erklärung machte, teilte ferner mit, daß die französischen Beamten deshalb entlassen werden müßten, weil sie in ihren über sie gestellten Qualifikationsberichten nicht das Bedenken „gut“ gehabt hätten. Der Herr Polizeipräsident Ernst bedauert zwar die Entlassungen, kann aber in Zukunft nur solche Beamten anstellen, die eben mindestens das „Befriedigt“ gut“ hätten.

In der anschließenden Diskussion wurde dann von einigen Beamten betont, daß die Qualifikationsberichte mehr oder weniger von der Willkür der Revisorien abhängig seien, die darin eine gewaltige Waffe gegen ihre Untergebenen hätten. Ein anderer Redner führte unter stürmlichem Beifall der Anwesenden aus, daß gewisse Polizeipräsidenten, die mit einem Fieberfries Hundert junge Beamte auf die Straße setze, nur weil

